



-Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

Flüchtlingsgipfel im Kanzleramt kommt zu Ergebnissen

Beschlüsse sollen noch im Oktober von Bundestag und Bundesrat umgesetzt werden

Die Flüchtlingskrise ist das wichtigste politische Thema in Berlin und in Europa. Am Dienstag beschlossen die EU-Innenminister mehrheitlich eine Verteilung von 120.000 Flüchtlingen auf die EU-Staaten, am Mittwoch verständigte sich der Europäische Rat auf eine stärkere Unterstützung der Flüchtlingslager in den syrischen Nachbarstaaten und die Einrichtung von Registrierungscentren in Ländern mit EU-Außengrenzen. Schließlich kam Bundeskanzlerin Angela Merkel gestern Abend mit den Ministerpräsidenten der Länder zusammen. Am Ende stand ein ganzes Bündel von Maßnahmen, mit denen der Flüchtlingsstrom besser bewältigt und die Integration der Flüchtlinge gefördert werden soll.

Die Verteilung von 120.000 Flüchtlingen, die derzeit in Griechenland und Italien versorgt werden, konnte leider nicht im Konsens beschlossen werden. Doch es war richtig, dass die **Innenminister** am Dienstag von der Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, hier das Mehrheitsprinzip anzuwenden. Die Versorgung der Flüchtlinge ist eine Riesenherausforderung für ganz Europa und darf nicht durch einzelne Länder blockiert werden. Erfreulicherweise haben vor der Abstimmung einige osteuropäische Staaten ihre ablehnende Haltung gegen die Aufnahme von Flüchtlingen aufgegeben. Hier ist besonders Polen zu nennen. Kurz vor den Parlamentswahlen war dies für die polnische Regierung sicher kein leichter Schritt. Auch Rumänien hat erklärt, dass es das Mehrheitsvotum akzeptieren werde, auch wenn es selber dagegen gestimmt hat. Aber dieser Verteilungsbeschluss kann angesichts der Gesamtzahl der Flüchtlinge nur ein Anfang gewesen sein. Europa ist hier gemeinsam in der Verantwortung.

Neben der Versorgung derer, die nach Europa gekommen sind, müssen wir sehr viel stärker jene in den Fokus nehmen, die in den Flüchtlingslagern der syrischen Nachbarstaaten leben. Hier haben sich alle Geberländer – auch Deutschland – in den letzten Jahren zu wenig engagiert. Wenn aber die Lebensmittelrationen in den Lagern gekürzt werden müssen, weil die Hilfsgelder zurückgehen, brauchen wir uns nicht zu

wundern, wenn die Menschen nach Europa fliehen. Daher ist es gut, dass der **Europäische Rat** am Mittwoch eine deutliche Aufstockung der Mittel für die Flüchtlingslager beschlossen hat. Auch die Einrichtung von Aufnahmezentren in den Ländern mit EU-Außengrenzen ist wichtig, um für eine ordnungsgemäße Registrierung der Flüchtlinge zu sorgen. Der unkontrollierte Zustrom muss schleunigst beendet werden, zugleich müssen wir aber die ankommenden Flüchtlinge auch vernünftig behandeln und versorgen.

Bei den **Bund-Länder-Gesprächen** im Kanzleramt hat der Bund seine finanziellen Zusagen noch einmal deutlich erhöht. Die Länder erhalten jetzt einen festen Betrag pro Flüchtling, der unabhängig von deren Anzahl ist. Die Länder verpflichten sich gleichzeitig, die Rückführung abgelehnter Asylbewerber deutlich konsequenter vorzunehmen und dabei auch die Hilfe der Bundespolizei in Anspruch zu nehmen. Zugleich wurden die Beschlüsse des Koalitionsausschusses zu den sicheren Herkunftsstaaten bestätigt. Jetzt kommt es auf die Grünen im Bundesrat an, ob dies auch umgesetzt werden kann. Zugleich sollen auch Fehlanreize beseitigt werden.

Die einzelnen Ergebnisse der Gespräche zwischen der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten können Sie dem zweiten Dokument entnehmen. ■